

Politik IV/26

=====

den 2. März 1949

Illusion - Korruption - Reaktion

=====

(SP) In diesen Tagen sind seit der Gründung der Komintern dreißig Jahre vergangen. Mancher möchte heute behaupten, dass schon damals in Moskau der teuflische Plan bolschewistischer Welt Eroberung ausgeheckt wurde. In der Tat haben sich die kommunistischen Sektionen zu den Fangarmen eines Polypon entwickelt, der sich uns als Haupthindernis einer freiheitlichen und sozial fortschrittlichen Entwicklung darstellt. Die Keime der Entwicklung sind bereits in der ersten Phase erkennbar. Damit ist aber noch nicht bewiesen, dass es so und nicht anders kommen musste. Zunächst handelte es sich bei der Komintern um ein Stück echter Arbeiterbewegung, gewiss mit illusionären Vorstellungen sowohl vom Ziel wie vom Weg, aber auch mit Idealismus und ehrlichem sozialistischen Neugestaltungswillen.

Die Komintern entstand als Kind der Oktoberrevolution und blieb mit dem Schicksal ihrer Revolution mehr auf Verderb als auf Gedeih verbunden, nachdem die während des ersten Weltkrieges erfolgte Spaltung der sozialdemokratischen Parteien und der Zusammenbruch der alten Internationale den Weg zu einem neuen Zusammenschluss anzuzeigen schienen. Die Sowjetrepublik übte eine starke Anziehungskraft auf breite Schichten aus, die nicht immer ohne Grund von der Alternative des demokratischen Sozialismus enttäuscht waren. Es sollte nicht vergessen werden, dass Rosa Luxemburg es war, die von ihrem Standort auf der äußersten Linken der deutschen Arbeiterbewegung gegen die Kominterngründung Stellung nahm. Wenige Tage vor ihrem Tode setzte sie ein gebundenes Mandat für die beiden Delegierten durch, die die eben entstandene KPD auf der nach Moskau einberufenen Konferenz vertreten sollten. Sie sollten gegen die Bildung einer neuen Internationale stimmen und gegebenenfalls erklären, dass die deutsche Partei ihr nicht beitreten würde. Rosa Luxemburg befürchtete mit Recht, dass eine solche Internationale dem Einfluss der herrschenden Partei eines zurückgebliebenen Landes und ihrem zentralistisch-dogmatischen Schema erliegen würde. Es ist kaum abzusehen, was dem internationalen und deutschen Sozialismus erspart geblieben wäre, wenn dieser Widerstand

Erfolg gehabt hätte. Die Gründung der Komintern erfolgte, nachdem derjenige der deutschen Delegierten, der Moskau erreicht hatte, umgefallen war, indem er sich der Stimme enthielt. Bald kam es zu sehr viel ernsteren und unwürdigeren Umfällen - sowohl in Russland wie in der Komintern - und zu einer noch viel schlimmeren Entwicklung, als sie vor dreissig Jahren vorausgesagt werden konnte.

Auf den ersten Kominternkongressen gab es immerhin Ansätze wirklicher Diskussionen. Aus der zunächst vertretenen Interessensolidarität wurde aber rasch eine völlige Unterordnung unter die wirklichen oder vermeintlichen Interessen der russischen Staatsführung und Aussenpolitik. Die Methoden des totalitären Polizeistaats, zu dem sich Russland entwickelte, wurden auf die kommunistischen Sektionen übertragen. Ihren Kadern wurde das geistige und moralische Rückgrat gebrochen. An die Stelle der Revolutionsromantik trat der nackte Machtanspruch. Opferbereitschaft wurde durch Korruption im weitesten Sinne des Wortes ersetzt. Die internationale Bewegung wurde durch einen militärischen Apparat abgelöst, der zu jeder Gemeinheit und jedem Verbrechen bereit und häufig auch instande war..

Dieser Apparat, der mit seinen sich über die ganze Welt erstreckenden Verbindungen einen Faktor von Rang darstellt, ist von der formellen Auflösung der Komintern im Mai 1943 nicht betroffen worden. Es handelte sich dabei um eine taktische Massnahme und zugleich um eine Bestätigung der Tatsache, dass das russische Politbüro längst den Platz eingenommen hatte, der einmal einem internationalen Generalstab vorbehalten sein sollte. Das Moskauer Zentrum blieb erhalten, mit seinem Agentensystem, seinen politischen Weisungen, finanziellen Leistungen und von Zeit zu Zeit reorganisierten regionalen Büros. Das Kominform ist nur eins von ihnen.

Wir haben es mit korrumpierten und kommandierten Sektionen zu tun, die - wie besonders die Erfahrung der letzten beiden Jahre zeigt - eine ausgesprochen reaktionäre Rolle in der internationalen Politik spielen. Dass sie diese Rolle spielen können, beruht nur noch zum Teil auf Missverständnissen über den Charakter des Sowjetstaates. Es hat viel mehr mit der ausgestrahlten Macht eines expansiven, totalitären Regimes und seiner bewussten Ausnutzung primitivster Regungen der Massenseele zu tun. Die kommunistischen Kader würden jedoch leicht als fünfte Kolonnen isoliert werden können, wenn ihnen nicht durch soziale und nationale Notstände immer wieder Wasser auf die Mühlen geführt würde. Die Ausnutzung sozial- und national-revolutionärer Kräfte durch die kommunistische Reaktion kann mit Aussicht auf dauernden Erfolg nur durch positive Massnahmen einer demokratischen und sozialen Planpolitik unmöglich gemacht werden. Darüber sind sich heute im sozialistischen Lager diejenigen, die von Anfang an gegen die Komintern waren, mit denen einig, die sich ihr in gutem Glauben angeschlossen hatten. - - - - -

Fagerholm nach seinem knappen Sieg

R.H. Stockholm, Anfang März

Die sozialdemokratische Minderheits-Regierung Fagerholm hat im finnischen Reichstag eine scharfe Attacke der Agrarier und der Volksdemokraten abgewehrt. Nach heftigen Auseinandersetzungen und mehreren KampfAbstimmungen, zu denen von beiden Seiten erkrankte Abgeordnete aus dem Krankenhaus herbeigeholt wurden, siegte die Regierung mit einer knappen Mehrheit (97:95). Finnland ist dadurch vor schweren Störungen bewahrt worden.

Als die skandinavischen Länder die Diskussion über einen nordischen Neutralitätsblock bzw. über den Anschluss an den Atlantik-Pakt begannen, häuften sich die Angriffe der Sowjetpresse gegen Finnland. Der russische Rundfunk beschuldigte schliesslich die finnische Regierung, im geheimen an den Beratungen der drei skandinavischen Länder teilgenommen und auch wegen eines Anschlusses Finnlands an den Atlantikpakt vorgefühlt zu haben. Die Volksdemokraten Finnlands versuchten, diese Zweckmeldung propagandistisch auszuwerten und in Finnland selbst Unruhen hervorzurufen, indem sie politische Streiks mit Lohnforderungen in Szene setzten, die automatisch zu Preissteigerungen und zu einem Anziehen der Inflationsschraube geführt hätten.

Einen unerwarteten Bundesgenossen gewannen die Volksdemokraten in der dritten grossen Partei des Landes, in den Agrariern, die wegen der Streichung der Staatssubventionen für die Landwirtschaft im Reichstag einen Misstrauensantrag eingebracht hatten.

Durch das, wenn auch knappe Vertrauensvotum des Reichstags hat die Minderheitsregierung Fagerholm eine Atempause gewonnen. Sie wird nun an die Verwirklichung ihres Programms gehen, das gelegentlich der Vorlage des Staatsbudgets für 1949 dem Reichstag unterbreitet worden war. Das Hauptaugenmerk wird auf eine Produktionssteigerung gerichtet, insbesondere darauf, dass die Umstellung, die wegen der Streichung eines Teiles der Reparationsverpflichtungen an Russland notwendig geworden ist, ohne grössere Störung erfolgt, sowie darauf, dass keine Produktionsausfälle durch Streiks oder Arbeitslosigkeit eintreten. Die Regierung bemüht sich, die Kaufkraft und damit den Lebensstandard der Bevölkerung ohne Lohnerhöhungen zu steigern, indem sie für die niedrigen Einkommensklassen Steuersenkungen durchführt und bedeutende Sozialrenten einführt: den Kinderbeitrag mit einem Jahresaufwand von 8,2 Mrd. Finnmark, die Invalidenunterstützung mit einem solchen von 2,6 Mrd. Finnmark. Diese Budgetbelastungen hofft die Regierung durch höhere Steuer- und Zolleinnahmen auf Grund einer allgemeinen Produktionssteigerung ausgleichen

zu können. Tatsächlich hat die 50%ige Streichung der restlichen Reparationsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion das Land von einer besonders drückenden Last wenigstens teilweise befreit. Die Papierindustrie und die sonstigen Holzveredelungsindustrien, welche die wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes sind, können ihre ganze Leistungsfähigkeit dem löhnenden Exportgeschäft widmen. Ihre Devisenerlöse ermöglichen die notwendigen Einfuhren.

Das Regierungsprogramm ist nicht risikofrei. Durch die Steuersenkungen und die erhöhten sozialen Lasten wird die Kaufkraft der Bevölkerung verhältnismässig stark erhöht, wodurch sich der Inflationsdruck steigern müsste, wenn die Kaufkraft-erhöhung nicht von einer mindestens gleich grossen Produktionssteigerung ausgeglichen wird. Das Programm wäre undurchführbar, wenn Arbeitslosigkeit oder Streiks zu Produktionsausfällen führen würden. Ein Scheitern des Programms aber würde auch in Finnland jene sozialen Unruhen und politischen Spannungen hervorrufen, die in anderen Ländern Osteuropas zum Untergang der Demokratie geführt haben. Diese Erwägungen dürften dazu beigetragen haben, dass die sozialdemokratische Minderheits-Regierung Fagerholm trotz ihres sozialen Programms bei den letzten Kampf-abstimmungen im finnischen Reichstag die Unterstützung eines erheblichen Teiles der bürgerlichen Parteien gefunden hat.

(b/A/23/2/hu)

Die ausländischen Arbeiter in Frankreich

A.F. Das Mitteilungsblatt des französischen Arbeitsministeriums enthält einen aufschlussreichen Bericht über das Verhältnis der ausländischen Arbeiter zu der französischen Bevölkerung und über ihre allgemeine Bewertung.

In den meisten Fällen werden demnach die Neuankömmlinge von ihren Arbeitgebern verständnisvoll empfangen. Einige Vorbehalte sind jedoch in dieser Beziehung für die Landwirtschaft zu machen. In verschiedenen Gegenden haben die Bauern wenig Rücksicht für die Anpassungsschwierigkeiten der ausländischen Arbeitskräfte bewiesen. Die Inspektoren des Arbeitsministeriums bemühen sich, diese psychologischen Mißstände möglichst abzustellen.

Der Bericht fährt fort, dass die Italiener sehr oft mit den Löhnen unzufrieden seien, während sich die Deutschen und die ehemaligen Zwangsverschleppten leichter anpassen, selbst in südlichen Gegenden. Ihre Hauptorgen bleiben die zögernde Einwanderung der Familienmitglieder und die schlechten Wohnungsverhältnisse.

Die deutschen Arbeiter werden fast ohne Ausnahme geschätzt, ebenso wie die Italiener, bei denen man aber mangelnde Geschaft-

2. März 1949

tigkeit beanstandet. Die ehemaligen Zwangsverschleppten haben einen weit günstigeren Eindruck gemacht, als in Anbetracht ihres langen Lageraufenthaltes erwartet wurde.

Die französischen Behörden glauben annehmen zu dürfen, dass 30% der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen nach Ablauf ihres einjährigen Arbeitsvertrages endgültig in Frankreich bleiben oder dorthin nach kurzem Aufenthalt in Deutschland zurückkehren werden. Allerdings hängt diese Entscheidung weitgehend von der Möglichkeit ab, ihre Familien nachkommen zu lassen.

Der Bericht des Arbeitsministeriums betrachtet das Verhältnis der ausländischen Arbeiter zu ihren französischen Kameraden als zufriedenstellend, selbst da, wo Schwierigkeiten zu befürchten waren. Die Ortsbevölkerung steht den Eingewanderten entweder günstig oder gleichgültig gegenüber. Das Verhalten der Ausländer wird als korrekt bezeichnet. Die Behörden haben weder über Zwischenfälle, noch über Anzeichen von Feindseligkeiten zu berichten. (b/282/2/he)

Rhein-Pfalz=CDU in der Krise

-ts, Trier, Anfang März

Während die führenden Kreise der CDU Rheinland-Westfalens mit einer gewissen Schadenfreude die Krise des "Zentrums" beobachten, muss die CDU Rheinland-Pfalz die Entdeckung machen, dass ihre Partei selbst dran ist, in eine Krise zu geraten.

Einmal sind es die orthodoxen Kreise der katholischen Geistlichkeit des Bistums Trier, die, versteckt oder offen, der CDU den Vorwurf machen, bei den Entscheidungen des Parlamentarischen Rates über Erziehungsfragen die Ansprüche der katholischen Kirche nicht genügend vertreten zu haben, so dass in diesen Kreisen der Ruf nach einer ausgesprochen katholischen Partei immer lauter erschallt. Frühere Zentrumskreise in Rheinland-Pfalz, denen auch die Einstellung der CDU nicht sozial genug war, hatten schon einmal den Versuch einer Neugründung unternommen, jedoch von der französischen Militärregierung keine Lizenz erhalten.

Interessant dabei ist, dass in letzter Zeit kirchliche Kreise drei CDU gegeneinander Stellung nehmen. Das Kirchenblatt des Bistums Trier, der "Paulinus", machte der CDU den Vorwurf, in den Fragen des Elternrechts den Standpunkt der Kirche nicht hinreichend vertreten zu haben, weil ihr wirtschaftliche Forderungen grossindustrieller Kreise wichtiger erschienen. Das Blatt berief sich dabei auf ein "Blau-Weiss-Buch" eines Herrn Dr. F. A. von der Heydte, das gerade in dem katholischen Verlag Häßbel in Regensburg erschienen war. Die CDU antwortete auf diesen Angriff des Klerus, der ihr nach eigenem Eingeständnis viele Wählerstimmen kosten könnte, mit Protest-

kundgebungen auf Parteiversammlungen und mit Beschwerdebüchern an den Bischof von Trier.

Wichtsdestoweniger mehren sich die Stimmen, die offen verkünden, dass für die CDU kulturelle Fragen wichtiger seien als soziale Probleme und dass die CDU für die Sorgen auf der Schattenseite des Lebens Stehenden nicht das notwendige Interesse aufbringe. Insbesondere hat die CDU auch durch die emsige Verteidigung des extremen Föderalismus und ihr Eintreten für die Aufrechterhaltung des Landes Rheinland-Pfalz in der Bevölkerung stark an Kredit verloren. Es ist kein Geheimnis mehr, dass der willkürlich auf Grund der Besatzungsgrenzen gebildete Staat Rheinland-Pfalz nicht existenzfähig ist. Aber eigenartigerweise sind es nicht nur die super-föderalistischen Kreise um den Minister Dr. Süsterhenn, die diesen Staat verteidigen, sondern auch der Fraktionsführer der CDU, der jetzige Regierungspräsident des neugebildeten, nur vier Kreise umfassenden Regierungsbezirks Montabaur, Dr. Zimmer, der früher einmal zentralistisch dachte und der heute einer der eifrigsten Wortführer für das Land Rheinland-Pfalz ist. Schliesslich ist auch die überwiegend kleinhäuerliche Bevölkerung des Landes unzufrieden mit der Agrarpolitik der CDU, die viel zu sehr den Interessen der grossen Bauern und Gutsbesitzer dient.

Die CDU in Rheinland-Pfalz hat sich mehr und mehr zu einer Partei des Besitzbürgertums entwickelt und ihre Sympathien bei den Schichten der Arbeiter, Angestellten und kleinen Bauern sowie Gewerbetreibenden verspielt. Wenn nun jetzt selbst ihre eifrigsten Propagandisten der letzten drei Jahre, die Geistlichen, mit der CDU unzufrieden sind und nach einer "katholischen Partei" rufen, dann schlägt für die CDU in Rheinland-Pfalz die Stunde der Krise. (b/282/1/he)

 Dr. h.c. Rudolf Wissell

sp. Am 8. März ds. Js. wird Rudolf Wissell 80 Jahre alt. Diese 80 Jahre umfassen nicht nur die Daten eines individuellen Lebens, sie finden ihre Parallele in den Daten der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Handwerksgeselle Wissell fand in jungen Jahren den Zugang zur sozialistischen Arbeiterbewegung. In ihm hat die Geschichte die Gestalt des deutschen Arbeiters seiner Zeit verdichtet, eine Gestalt, für die zutrifft, was Jakob Burckhardt in seinen "Weltgeschichtlichen Betrachtungen" sagt: "..... sie ist die Koinzidenz des Allgemeinen und des Besonderen, des Verharrenden und der Bewegung in einer Persönlichkeit." Die Entwicklung des Arbeiters zur

eigenen Gestalt hat bei Wissell eine vorbildliche Form gefunden, erstaunlich in ihrer praktischen Wirksamkeit und in der intellektuellen Leistung. Einige Daten mögen diesen Weg kennzeichnen:

Volksschule von 1876/1883, danach Handwerkerlehre und Tätigkeit als Maschinenbauer bis 1900, Arbeitersekretär in Lübeck bis 1908, Zentralarbeitersekretär in Berlin bis Ende 1918, Volksbeauftragter bis Februar 1919, Reichswirtschaftsminister bis Juli 1919. Von Oktober 1919 bis Ende 1924 Sekretär und Vorstandsmitglied des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, seit 1924 bis 1927 Schlichter in Berlin und Brandenburg. Von 1928 bis 1930 Reichsarbeitsminister.

Der Wissenschaftler Wissell wurde ebenso wie der Politiker von der Kraft des sozialen Gedankens bestimmt, dessen Vorhandensein er bereits in der Geschichte des alten Handwerks nachweist. Dort sieht Wissell eine der Wurzeln der modernen Arbeiterbewegung, die er damit als das notwendige Ergebnis einer langen Entwicklung kennzeichnet. Seine Bücher "Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit" und "Der soziale Gedanke im alten Handwerk" sind nicht nur reife Arbeiten eines Forschers und Gelehrten, sie sind ebenso Zeugnisse einer verpflichteten sozialen Gesinnung. Aus dieser sozialen Gesinnung entstanden auch Arbeiten wie etwa "Praktische Wirtschaftspolitik" und "Ohne Planwirtschaft kein Aufbau."

Die tiefe Sorge des Jubilars gilt heute der Erhaltung und dem Ausbau der sozialen Errungenschaften. Im Chaos des allgemeinen Zusammenbruchs nach dem Kriege schien auch das deutsche Sozialversicherungswerk unterzugehen. In leidenschaftlicher kämpferischer Sprache forderte Wissell die Erhaltung des Versicherungswerkes und warnte vor Experimenten, die dessen Bestand gefährden könnten. (m/Bl/23/2/he)

SPD für öffentlichen Gesundheitsdienst

(sp) Auf seiner letzten Tagung hat der sozialpolitische Ausschuss der SPD beim Parteivorstand sich das gesundheitspolitische Programm der "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte" zu eigen gemacht, das die Schaffung eines die Gesamtheit der Bevölkerung umfassenden Gesundheitsdienstes fordert, der vom Staat, der Sozialversicherung und der kommunalen Selbstverwaltung zu tragen ist.

BERICHTIGUNG: In der Ausgabe 23 vom 23. Februar ist uns ein bedauerlicher Sinnentstellender Fehler unterlaufen. In der Buchbesprechung "Entkommen aus zwei Höllen" muss es am Schluss des dritten Absatzes richtig heißen:

"Dass es Neumann gewagt hatte, ohne Stalins ausdrücklichen Befehl zu **i n t r i g i e r e n**, wurde ihm und seiner Frau zum Verhängnis....."

Verantwortlich: Peter Baunau